

# Antragsbuch

57. Landesparteitag  
Döbeln

4. November 2023

# Anträge Parteitag der Freien Demokraten

## Inhaltsverzeichnis

### Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 002	<b>UNRWA abschaffen</b> Jungliberale Aktion Sachsen	16
S 003	<b>Wehrhafte Demokratie wider den politischen Arm des Rechtsextremismus</b> Jungliberale Aktion Sachsen	17
S 004	<b>Die Ukraine muss den Verteidigungskrieg gewinnen</b> Sebastian Mitte (KV Dresden), Nick Farell Walter (KV Leipzig), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Thomas Gebhardt (KV Dresden), Sebastian Rother (KV Leipzig), Max Eisold (KV Dresden), Clemens Heydrich (KV Chemnitz), David Kessler (KV Chemnitz), Carl Gruner (KV Dresden), Gregor Gruner (KV Bautzen), Michael Schniebel (KV Bautzen)	19
S 006	<b>Praktikumspflicht in der Grundsicherung einführen</b> LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt	22
S 009	<b>Sachleistungsvorrang in der Kindergrundsicherung</b> LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt	28
S 012	<b>Krankheit im Verborgenen: ME/CF-Betroffenen eine Perspektive geben</b> KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)	33

## Das Leben einfacher machen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 007	Privatkaufprivileg für den sächsischen Wohnungsbau KV Zwickau (LV Sachsen)	24
S 008	Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Schulessen LFA SN Finanzen und Haushalt, LFA SN Bildung	27
S 010	Verbesserung des Umgangs der Finanzämter mit Bürgern und Unternehmern LFA SN Finanzen und Haushalt	30
S 011	Girocode für alle Zahlungsaufforderungen und Gebührenbescheide des Freistaates Sachsen KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)	32
S 014	Transparenz bei öffentlichen Umfragen KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)	36

## Partei

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 001	Struktur der Landesfachausschüsse für die Amtszeit 2023-2025 Landesvorstand FDP Sachsen (LV Sachsen)	14

## Kein Wohlstand ohne eine starke Wirtschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L 001	<b>Eine starke Wirtschaft für ein starkes Sachsen</b> Landesvorstand FDP Sachsen (LV Sachsen)	5
S 005	<b>Kurzarbeit in Zeiten des Fachkräftemangels begrenzen</b> KV Zwickau (LV Sachsen)	20
S 013	<b>Späti öffne dich</b> KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)	35
S 015	<b>Wohneigentum attraktiver machen</b> KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)	37

## Antrag L 001: Eine starke Wirtschaft für ein starkes Sachsen

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesvorstand FDP Sachsen (LV Sachsen)
<b>Sachgebiet:</b>	Kein Wohlstand ohne eine starke Wirtschaft
<b>Antragsblock:</b>	Leitanträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Wirtschaft ist das Rückgrat unseres Freistaates. Wirtschaftsunternehmen sind  
2 nicht nur die Triebfeder gesellschaftlicher Innovationen, sie schaffen auch die  
3 Grundlage unseres Konsums und erwirtschaften einen erheblichen Teil der Mittel  
4 des Staates und seiner Institutionen, um die gesellschaftlich Benachteiligten  
5 wirkungsvoll zu unterstützen.

6 Sachsens langjährige und erfolgreiche Wirtschaftsgeschichte als eine der ersten  
7 Regionen Europas, in der die Industrialisierung ihren Anfang hatte, ist für uns  
8 Freie Demokraten kein Grund, sich darauf auszuruhen. Sie ist Verpflichtung,  
9 daran anzuknüpfen, noch besser zu werden und die alten Erfolge um neue zu  
10 ergänzen. Wir wollen auch künftigen Generationen eine Wirtschaftsregion  
11 übergeben, die an der Spitze Europas steht und diesen Erfolg nachhaltig und  
12 ressourcenschonend erreicht.

13 Uns Freien Demokraten ist dabei klar, dass staatliche und kommunale  
14 Institutionen niemals die besseren Unternehmer sind. Ihre Aufgabe ist es  
15 ausschließlich, den marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen, geleitet von  
16 selbstbestimmten, privat agierenden, auf eigenes Risiko handelnden Unternehmern  
17 und getragen von einer selbstbewussten, gut ausgebildeten und innovativen  
18 Belegschaft, mit einem klar definierten Handlungsrahmen und einer tragfähigen  
19 Infrastruktur auf dem Weg zum Erfolg zu unterstützen.

20 Wir Freie Demokraten lehnen daher entschieden Versuche ab, Wirtschaftsbereiche  
21 zu verstaatlichen oder in eine staatliche Abhängigkeit zu bringen. Wir setzen  
22 auf die Stärke eines freien Unternehmertums und die Kraft der Privatwirtschaft.

23 Wir Freien Demokraten wollen zurück zu einer Wirtschaftspolitik, die das  
24 Aufstiegsversprechen für die Fleißigen, Leistungsbereiten wieder erfüllt und es  
25 ihnen ermöglicht, mit eigenen Anstrengungen Erfolg zu generieren.

26 Für uns Freie Demokraten ist es eines der Grundprinzipien unserer Gesellschaft,  
27 dass die Wohltaten und sozialen Unterstützungen für die Bedürftigen durch die  
28 arbeitende Mitte unseres Landes erwirtschaftet werden. Ihre Mittel, die sie  
29 dankenswerterweise in Form von Steuern und Abgaben dem Staat überlassen, sorgen  
30 dafür, dass Menschen, die auf Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind,  
31 diese auch erhalten können.

32 Daher ist es unser höchstes Anliegen, die arbeitende Mitte, die sowohl in  
33 sozialversicherungspflichtigen Jobs des ersten Arbeitsmarktes, als auch mit  
34 unternehmerischem Risiko in der Leitung ihrer Betriebe den größten Teil der  
35 Haushalte von Freistaat und Kommunen erarbeiten, zu entlasten und zu  
36 unterstützen.

37 **Leistung wird sich lohnen**

38 Wir Freie Demokraten haben Vertrauen in den einzelnen Bürger. Wir sind  
39 überzeugt, dass Menschen ganz individuell Verantwortung übernehmen und für ihre  
40 Leistungen die entsprechende Anerkennung erhalten sollten. Wir fördern  
41 wirtschaftliches Handeln und trauen unseren Bürgern zu, selbständig  
42 Entscheidungen zu treffen und Herausforderungen anzunehmen. In Sachsen schaffen  
43 wir die optimalen Bedingungen, damit Menschen ihre Ideen erfolgreich umsetzen  
44 können.

45 Die Politik der Freien Demokraten orientiert sich an den grundlegenden Werten  
46 des Mittelstands, die auch für uns von besonderer Bedeutung sind:  
47 Verlässlichkeit, Vertrauen, langfristiges Denken, Fairness und Ehrlichkeit.

48 Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die Unternehmertum, Innovation und  
49 Erfolg besser als anderswo ermöglichen. Dazu gehört der Abbau von Bürokratie, um  
50 den Unternehmen die Freiheit zu geben, die sie zu wirtschaftlichen Entfaltung  
51 benötigen. Wir streben eine konstruktive Ermessenskultur in der Verwaltung an,  
52 um mit behördlichen Gestaltungsspielräumen bürokratische Hürden abzubauen.  
53 Darüber hinaus setzen wir uns für den konsequenten Einsatz digitaler  
54 Infrastrukturen und Open Data im Verwaltungsalltag ein.

55 Wir Freie Demokraten verfolgen einen anderen Ansatz im Verhältnis von Staat und  
56 Bürger als unsere Mitbewerber. Wir sind nicht staatsfeindlich, wir sind  
57 staatskritisch. Wir lehnen einen überfürsorglichen Staat genauso ab wie einen  
58 übergriffigen Staat. Stattdessen wollen wir zurück zum eigenständig denkenden  
59 und handelnden Bürger, der aus freiem Antrieb für sich selbst und seine  
60 Mitmenschen ein lebenswertes Umfeld ohne unnötige Vorgaben schaffen kann. Wir  
61 Freie Demokraten sind überzeugt, dass die "Vollkasko-Mentalität" unserer  
62 politischen Mitbewerber der falsche Weg ist. Unsere Erkenntnis ist, dass der  
63 Staat nicht alles regeln kann und sollte. Eigenverantwortung und  
64 Selbstständigkeit sind für uns wichtige Prinzipien, die wir fördern werden.

65 Diese Prinzipien und Ziele bilden die Grundlage unserer Politik, um Sachsen zu  
66 einem Ort zu machen, an dem individuelle Freiheit und unternehmerischer Erfolg  
67 gefördert werden.

#### 68 **Erfolg ist kein Makel**

69 Wir Freie Demokraten wollen weg von dem immer stärker verbreiteten Bild des  
70 Unternehmers als Feind der Gesellschaft. Wir wollen eine Atmosphäre schaffen, in  
71 der Unternehmertum als eine Quelle des persönlichen und gesellschaftlichen  
72 Erfolgs angesehen wird. Unternehmerinnen und Unternehmer sind Leistungsträger in  
73 unserer Gesellschaft. Wir Freie Demokraten möchten ihre Leistungen würdigen und  
74 anerkennen, um das Ansehen des Unternehmertums zu steigern.

75 Wir Freie Demokraten fördern eine Kultur der zweiten Chance. Das Scheitern  
76 unternehmerischer Initiativen ist kein Stigma, sondern essentieller Bestandteil  
77 marktwirtschaftlicher Prozesse. Es muss als wertvolle Erfahrung betrachtet  
78 werden, aus der gelernt werden kann, wie es zukünftig besser gemacht werden  
79 kann.

#### 80 **Spürbare Entlastungen für Bürger und Unternehmen**

81 Wir Freie Demokraten wollen die kommunalen Sondernutzungsgebühren reduzieren, um  
82 Unternehmen und Gewerbetreibende finanziell zu entlasten. Dies ermöglicht es

83 ihnen, ihre Geschäfte ohne übermäßige Kosten zu betreiben.

84 Wir setzen uns für die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Privatpersonen und  
85 Unternehmen ein, entweder durch das Ermöglichen der Absenkung der  
86 Grunderwerbsteuer auf null Prozent auf Landesebene durch Änderung des  
87 Grunderwerbsteuergesetzes oder durch Gutschriften des Freistaates in Höhe der  
88 Steuerschuld. Für die dafür notwendige Änderung der Bundesgesetzgebung setzen  
89 wir uns ein. Damit wollen wir die Baubranche wiederbeleben, das Handwerk  
90 unterstützen, den Erwerb von Immobilien für Privatpersonen und Unternehmen  
91 erschwinglicher machen und den Wohneigentumserwerb fördern.

92 Wir Freie Demokraten setzen uns für die landesweite Abschaffung der kommunalen  
93 Straßenausbaubeiträge ein. Das befreit Eigentümer von der finanziellen  
94 Belastung, die mit Straßenbaumaßnahmen verbunden ist, und trägt dazu bei, Wohnen  
95 und Leben in Sachsen bezahlbarer zu gestalten.

#### 96 **Nachhaltige Wachstumschancen**

97 Wir Freie Demokraten werden bestehende Programme zur Finanzierung von  
98 Unternehmensnachfolgen beibehalten, um einen reibungslosen Übergang von  
99 Unternehmen auf neue Eigentümer zu unterstützen. Dies schafft Kontinuität und  
100 Aufbruchsstimmung in der Wirtschaft.

101 Um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken, setzen wir Freie  
102 Demokraten auf die Stärkung der beruflichen Ausbildung. Wir werden  
103 sicherstellen, dass die berufliche Ausbildung gleiche Karrierechancen wie  
104 akademische Abschlüsse bietet. Dies erreichen wir, indem wir die  
105 Ausbildungsberufe schneller an die Bedürfnisse der Praxis anpassen und um  
106 relevante Technologien erweitern.

107 Wir Freie Demokraten streben an, dass eine qualitativ hochwertige berufliche  
108 Ausbildung auch in unmittelbarer Nähe von Unternehmensstandorten möglich ist. So  
109 ist eine enge Verzahnung zwischen Unternehmen und Berufsschulen gewährleistet.

110 Wir werden die akademische Ausbildung bedarfsgerecht steuern, um  
111 sicherzustellen, dass die Absolventinnen und Absolventen den Anforderungen des  
112 Arbeitsmarktes entsprechen.

113 Um Fachkräfte zu gewinnen und zu integrieren, planen wir Freie Demokraten für  
114 Migranten und ausländische Mitbürger die Aufhebung der Residenzpflicht bei  
115 Arbeitsangeboten und die Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung aus Drittländern.  
116 Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine flexiblere  
117 Arbeitsmarktgestaltung und einen leichteren Zugang für Fachkräfte aus dem  
118 Ausland. Zudem werden wir die Sprachausbildung der Migranten spürbar verbessern,  
119 um einen leichteren Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu befördern.

120 Wir Freie Demokraten wollen unnötige Hürden für die Anerkennung ausländischer  
121 Berufsabschlüsse reduzieren. Dies beinhaltet die bundeslandunabhängige  
122 Anerkennung nationaler Berufsabschlüsse und die Vereinfachung der Anerkennung  
123 ausländischer Berufsabschlüsse nach transparenten Kriterien. Damit erleichtern  
124 wir qualifizierten Fachkräften den Zugang zu unseren Arbeitsmärkten und fördern  
125 die Vielfalt und Qualifikation in unserer Gesellschaft.

#### 126 **Sächsische Standorte attraktiver machen**

127 Wir Freie Demokraten werden die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort  
128 Sachsen deutlich verbessern, um Unternehmen anzuziehen und zu halten. Dazu  
129 gehört die Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfelds, die Förderung von  
130 Innovation und Technologie sowie die Unterstützung von kleinen und mittleren  
131 Unternehmen. Wir werden uns auch für eine moderne Infrastruktur und den Ausbau  
132 der digitalen Infrastruktur einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens zu  
133 stärken.

134 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Bereitstellung professioneller  
135 öffentlicher Dienstleistungen ein. Dies bedeutet, dass die Verwaltung effizient  
136 arbeiten muss, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger sowie der  
137 Unternehmen gerecht zu werden. Wir streben eine bürgernahe und  
138 serviceorientierte Verwaltung an.

139 Wir Freie Demokraten werden Partnerschaften zwischen Freistaat und den Kommunen  
140 unterstützen, um brachliegende Flächen und Gebäude-Brachen wieder wirtschaftlich  
141 nutzbar zu machen. Dies beinhaltet eine praxisorientierte Ausrichtung von  
142 Denkmalschutz- und Baugesetzgebung, um die Nutzung von Brachflächen und den  
143 Erhalt von historischem Erbe in Einklang zu bringen. Gemeinsame Anstrengungen  
144 von Land und Kommunen werden dazu beitragen, Ressourcen effizienter zu nutzen  
145 und die Entwicklung von brachliegenden Gebieten zu fördern.

146 Die wirtschaftliche Situation in Sachsen hat sich mittlerweile so gut  
147 entwickelt, dass der demografische Wandel in den nächsten Jahren eine sehr große  
148 Herausforderung darstellt. Daher wollen wir Freie Demokraten neben einer  
149 Ansiedlungspolitik die Wirtschaftspolitik auch in Richtung der Bestandssicherung  
150 ausrichten. Im Sinne der Philosophie „Stärken stärken“ wollen wir unsere  
151 bestehenden Unternehmen, die Sachsen in den letzten Jahren groß gemacht haben,  
152 dabei unterstützen, den aktuellen Transformationsprozess zu bewältigen und  
153 weiter zu wachsen.

154 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Unternehmen beim Strukturwandel  
155 direkt zu fördern. Die Unternehmen, welche durch die Transformation neue  
156 Produkte und Dienstleistungen entwickeln müssen, sollen direkt und langfristig  
157 bei Produktentwicklungen und Innovationen unterstützt werden.

158 Eine moderne Infrastruktur ist von entscheidender Bedeutung für die  
159 Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Wir Freie Demokraten werden daher in die  
160 Entwicklung und den Ausbau von zeitgemäßen Infrastrukturen investieren, die den  
161 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Dazu gehört der Ausbau von  
162 Verkehrsnetzen, Kommunikationsinfrastrukturen und Bildungseinrichtungen.

163 Die Sicherheit in Bezug auf Energie und Rohstoffe ist von zentraler Bedeutung  
164 für unsere Wirtschaft. Wir werden deshalb die Kraftwerksstandorte in Sachsen  
165 sichern und deren Umbau für klimafreundliche Energieproduktion unterstützen.  
166 Zudem werden wir dezentrale Energieversorgungsstrukturen fördern und die  
167 Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft und -infrastruktur vorantreiben. Die  
168 Nutzung erneuerbarer Energien wird ebenfalls einen Schwerpunkt bilden,  
169 einschließlich der Installation von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden im Besitz  
170 des Landes Sachsen.

171 **Schule für die Wirtschaft fit machen**

172 Wir Freie Demokraten setzen uns für stärkere wirtschaftliche Bildung in den  
173 Schulen des Freistaates ein. Unternehmertum und Führungsverantwortung sollen  
174 gezielt gefördert werden, indem Schülern Eigeninitiative,  
175 Querschnittskompetenzen und lösungsorientiertes Denken vermittelt wird. Wir  
176 möchten dafür auch erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer als Vorbilder  
177 sichtbar machen, um junge Menschen zu inspirieren und ihnen Orientierung zu  
178 bieten.

179 Wir werden Kooperationen mit der Wirtschaft ermöglichen, um finanzielle  
180 Ressourcen an Schulen zu bringen. Dies ermöglicht Zukunfts- und  
181 Innovationsprojekte an Schulen, sei es durch direkte Fördermittel oder über  
182 gemeinnützige Organisationen. Auf diese Weise können Schulen wirtschaftsnah  
183 agieren und innovative Bildungsprojekte durchführen.

184 Wir Freie Demokraten werden die Finanz- und Wirtschaftsbildung in den Schulen  
185 verbessern, indem wir sie als Unterrichtsprinzip in die bestehenden Fächer der  
186 Sekundarstufe I integrieren. Dies soll Schülerinnen und Schülern eine  
187 grundlegende Befähigung im Bereich Wirtschaft vermitteln. Darüber hinaus setzen  
188 wir uns für die Einführung eines neuen Faches ein, das sich speziell auf  
189 Wirtschafts- und Finanzbildung konzentriert, beispielsweise als Kurs oder  
190 Spezialisierung in der Sekundarstufe II. Dabei legen wir Wert auf die Stärkung  
191 der persönlichen Kompetenzbildung, um den Übergang in die Berufsbildung  
192 erfolgreich zu gestalten. Praktika und langfristige Matching-Prozesse mit  
193 Unternehmen werden in Zusammenarbeit mit Firmen gestärkt, beispielsweise durch  
194 die Einbindung von Praxisberatern.

195 Im Lehrplan der sächsischen Schulen wollen wir Freie Demokraten positive und  
196 konkrete Beispiele aus der unternehmerischen Praxis integrieren. Themen wie  
197 Steuerabschätzungen, Kalkulation, Amortisationsrechnungen, Personalkosten und  
198 mehr sollten Absolventen zukünftig nicht fremd sein, um die Schüler bestmöglich  
199 auf die Anforderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt vorzubereiten.

200 Schülerfirmen sind eine hervorragende Möglichkeit, praktische Erfahrungen im  
201 unternehmerischen Bereich zu sammeln. Wir werden Schülerfirmen stärken, indem  
202 wir Ressourcen und Unterstützung bereitstellen, um ihre Gründung und Entwicklung  
203 zu fördern. Dies ermöglicht es Schülerinnen und Schülern, frühzeitig  
204 unternehmerische Fähigkeiten zu erwerben und die Verbindung zwischen Schule und  
205 Arbeitswelt zu stärken.

206 Wir Freie Demokraten werden auf den Bedarf zugeschnittene Förderprogramme für  
207 Auszubildende mit schulischen Defiziten auflegen. Unser Ziel ist es, diesen  
208 jungen Menschen die notwendige Unterstützung und Ressourcen zur Verfügung zu  
209 stellen, um ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen und ihre beruflichen  
210 Chancen zu verbessern.

211 Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Menschen einen Meister machen. Für uns ist  
212 dieser Abschluss auf Augenhöhe mit einem akademischen Master. Wir wollen  
213 Finanzierungsmöglichkeiten schaffen, damit eine Meisterprüfung für alle  
214 zugänglich ist, unabhängig von finanziellen Barrieren.

#### 215 **Mut zu Fortschritt und Wachstum**

216 Wir Freie Demokraten werden den Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen auf

217 wirtschaftliche Kriterien ausrichten, um gezielt Unternehmen zu unterstützen,  
218 die das Potenzial für nachhaltiges Wachstum haben. Dabei werden wir die  
219 Fördermittel effizient einsetzen, um Unternehmen bei ihren Wachstumsplänen zu  
220 unterstützen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

221 Anstelle der reinen Förderung von Arbeitsplätzen setzen wir auf die Förderung  
222 von Innovation. Unser Ansatz lautet: "aus weniger mehr machen". Angesichts der  
223 demografischen Herausforderungen in Sachsen und des schrumpfenden  
224 Arbeitskräfteangebots ist es entscheidend, dass Unternehmen effizienter und  
225 produktiver werden. Wir Freie Demokraten werden Innovationen fördern, die es  
226 Unternehmen ermöglichen, mit weniger Mitarbeitenden mehr zu produzieren und ihre  
227 Prozesse zu optimieren.

228 Wir Freie Demokraten werden die Rolle des Staates als Innovationspartner  
229 stärken, anstatt Innovationen zu behindern. Dies bedeutet, dass wir  
230 regulatorische Hürden abbauen und Unternehmen ermutigen, innovative Ansätze zu  
231 entwickeln und umzusetzen. Der Staat wird ein aktiver Unterstützer bei der  
232 Entwicklung und Einführung neuer Technologien und Geschäftsmodelle sein.

233 Um Innovationen zu fördern, werden wir ein Innovationsbudget in der öffentlichen  
234 Vergabe einführen. Dies ermöglicht es, innovative Lösungen bei der Beschaffung  
235 von öffentlichen Dienstleistungen und Produkten zu berücksichtigen und  
236 innovative Unternehmen zu unterstützen.

#### 237 **Konkurrenz belebt das Geschäft**

238 Wir Freie Demokraten werden uns für die Abschaffung von Marktzugangshürden  
239 einsetzen, wie beispielsweise den Meister- und Kammerzwang. Dies schafft mehr  
240 unternehmerische Freiheit und ermöglicht es Menschen, ihre Ideen und Unternehmen  
241 ohne unnötige bürokratische Hindernisse zu starten und zu führen. Die  
242 Mitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern (IHK) und den Handwerkskammern  
243 (HWK) wird auf eine freiwillige Basis umgestellt, um Unternehmerinnen und  
244 Unternehmern die Entscheidung über ihre Kammermitgliedschaft zu überlassen.

245 Um Unternehmen bei der Ansiedlung oder Gründung in Sachsen zu unterstützen,  
246 werden wir ein effektives Flächenmanagement einführen. Zudem werden wir auch bei  
247 Ansiedlungen oder Unternehmensgründungen auf die Erhebung der Grunderwerbsteuer  
248 verzichten. Dies schafft Anreize für Investoren und fördert die  
249 Wirtschaftsentwicklung in unserem Land.

250 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Stärkung der Startup- und  
251 Gründungskultur in Sachsen ein. Dazu gehört die Bereitstellung von finanzieller  
252 Unterstützung für Startups, um ihnen den notwendigen Kapitalzugang zu  
253 ermöglichen. Wir werden privates Investitionskapital bündeln, beispielsweise  
254 durch die Schaffung von Plattformen wie "Sachsen-Crowd" und "Sachsen VC", und  
255 dabei auf eine öffentliche Risikoteilung setzen, um das unternehmerische Risiko  
256 zu minimieren und Investitionen in vielversprechende Startups zu fördern.

#### 257 **Wirtschaft im Einklang mit Natur und Landwirtschaft**

258 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, private Investitionen in die Land-  
259 und Forstwirtschaft zu fördern, insbesondere im Rahmen der Förderung ländlicher  
260 Gebiete. Dies beinhaltet die Schaffung von Anreizen und die Bereitstellung von  
261 finanzieller Unterstützung für Landwirte und Waldbesitzer. Wir werden auch die

262 Flexibilisierung von Abrechnungszeiträumen in Betracht ziehen, um den  
263 Investitionsprozess zu erleichtern und die Rentabilität für die Betroffenen zu  
264 steigern. Uns ist bewusst, wie wichtig die Land- und Forstwirtschaft für die  
265 ländlichen Gemeinschaften und die Wirtschaft insgesamt ist.

266 Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete mahnen wir ein umsichtiges Vorgehen an.  
267 Die zunehmende Versiegelung von Böden hat sowohl aus Gründen des Naturschutzes  
268 als auch wegen des Verlusts von Ackerboden erhebliche Auswirkungen. Daher setzen  
269 wir Freie Demokraten uns für nachvollziehbare, verlässliche Kriterien ein, um  
270 Kommunen dabei zu unterstützen, neue Gewerbegebiete unter Berücksichtigung von  
271 Umweltaspekten und Landwirtschaftsinteressen auszuweisen. Wir streben eine  
272 ausgewogene Entwicklung an, die wirtschaftliche Interessen und den Schutz  
273 unserer natürlichen Ressourcen in Einklang bringt.

#### 274 **Wirtschaft mit Augenmaß fördern**

275 Wir Freie Demokraten wollen EU-Fördermittel effizient nutzen, um wichtige  
276 Projekte landesweit voranzubringen. Dabei achten wir jedoch darauf, den  
277 Landeshaushalt nicht über Gebühr zu belasten und sicherzustellen, dass diese  
278 Mittel sinnvoll eingesetzt werden. Wir werden zudem bestehende Förderprogramme  
279 sinnvoll zusammenführen und vereinfachen, um die Antragsverfahren zu erleichtern  
280 und sicherzustellen, dass die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie am  
281 dringendsten benötigt werden. Diese Bündelung von Ressourcen ermöglicht es uns,  
282 effizienter zu arbeiten und die Wirkung der Fördermaßnahmen zu maximieren.

283 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine kohärente Förderpolitik ein, die  
284 unnötige bürokratische Hürden durch eine Vielzahl neuer Förderprogramme  
285 vermeidet. Dies beinhaltet die Entschlackung der Verwaltungsprozesse innerhalb  
286 der Sächsischen Aufbaubank (SAB), die Klärung der Zuständigkeiten für die  
287 Förderpolitik auf Landesebene zwischen den Ministerien, der SAB und anderen  
288 relevanten Akteuren sowie die Umschichtung von Mitteln zugunsten der Kommunen.  
289 Damit soll den Kommunen mehr Freiräume für die Gestaltung eigener  
290 Förderprogramme ermöglicht werden.

#### 291 **Öffentliche Verwaltungen zu Unterstützern der Wirtschaft machen**

292 Wir Freie Demokraten setzen uns nachdrücklich für den Bürokratieabbau und die  
293 Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung ein. Unser Ziel ist es, die Verwaltung  
294 zu einem effizienten Dienstleister für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zu  
295 machen. Dies umfasst die Reduzierung von bürokratischen Hürden und die  
296 Optimierung von Verwaltungsprozessen, um die Interaktion mit der Verwaltung so  
297 reibungslos wie möglich zu gestalten.

298 Wir fordern eine gezielte Stellenreduktion im Landesdienst, um den  
299 Verwaltungsapparat nicht unnötig aufzublähen. Dies ist wichtig, um  
300 Personalkonkurrenz mit der Wirtschaft zu vermeiden und sicherzustellen, dass  
301 genügend Nachwuchs- und Arbeitskräfte für die Wirtschaft zur Verfügung stehen.  
302 Eine effiziente Verwaltung sollte nicht auf Kosten der Wirtschaft und der  
303 Beschäftigung in Sachsen gehen.

304 Wir Freie Demokraten streben eine vollständig digitalisierte Verwaltung an.  
305 Unternehmen sollen den überwiegenden Teil ihrer Anliegen online erledigen  
306 können, um Zeit und Ressourcen zu sparen. Um Unternehmen einen zentralen

307 Ansprechpartner in den Verwaltungen zu bieten, werden wir den Umbau der  
308 Verwaltungen zu "One-stop-Agencies" angehen. Damit sollen die Verwaltungen auf  
309 einfachem Weg, effizient und mit geringem Aufwand als Problemlöser für  
310 Unternehmen dienen und dazu beitragen, bürokratische Hürden zu überwinden.

311 Wir Freie Demokraten fordern eine sächsische Initiative, um die Vorfälligkeit  
312 der Sozialversicherungsbeiträge und Steuervorauszahlungen zurückzunehmen und so  
313 die finanzielle Belastung für Unternehmen zu reduzieren. Wir wollen uns gegen  
314 die Belastungen aus Lieferkettengesetz und der Taxonomie-Richtlinie einsetzen,  
315 um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten.

316 Im Bereich des Vergaberechts werden wir sicherstellen, dass keine vergabefremden  
317 Kriterien Eingang in das Gesetz finden. Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass  
318 nicht das billigste Angebot Vorrang hat, sondern immer nach dem  
319 wirtschaftlichsten entschieden wird. Damit haben auch weiterhin vorrangig  
320 regionale, sächsische Mittelständler die Chance, Aufträge zu erhalten. Eine  
321 Verschärfung des Vergabegesetzes, die den Mittelstand eine Teilnahme an Vergaben  
322 von öffentlichen Aufträgen praktisch verwehrt, lehnen wir ab.

323 Wir Freie Demokraten werden das Baurecht überprüfen und flexibler gestalten, um  
324 Bauvorschriften zu lockern und den Bauprozess zu vereinfachen. Hemmende  
325 Standards wollen wir in allen Bereichen so weit wie möglich auf ein  
326 verhältnismäßiges, sicherheitsrelevantes Maß absenken.

327 Im Arbeitsrecht werden wir Maßnahmen ergreifen, um Selbstständigkeit als das  
328 "new normal" zu etablieren. Dies beinhaltet transparente und faire Bewertungen  
329 von Scheinselbstständigkeit durch die Deutsche Rentenversicherung, die  
330 Definition von Akzeptanzkriterien für freiwillige Versicherungen, wie Rente,  
331 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, durch Unternehmer und den Ausschluss  
332 verbotener Arbeitnehmerüberlassung für bestimmte Personengruppen, wie  
333 Selbstständige mit Kapitalgesellschaften oder Kleinstunternehmen. Wir werden  
334 auch die Möglichkeit zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung bei der  
335 Arbeitsagentur erweitern.

336 Um die Belastung durch unnötige Bürokratie zu reduzieren, werden wir den  
337 Normenkontrollrat stärken, indem dieser bereits verpflichtend bei der Erstellung  
338 der Referentenentwürfe vor der ersten Kabinettsbefassung beteiligt und beachtet  
339 werden muss, und eine "One in, two out-Regel" in Sachsen einführen. Dies  
340 bedeutet, dass mit neuen Regelungen verbundener bürokratischer Aufwand für die  
341 Wirtschaft innerhalb einer Legislaturperiode eingespart werden muss.

342 Wir Freie Demokraten werden einen jährlichen Bürokratiebericht der  
343 Staatsregierung an den sächsischen Landtag einführen und bestehende sächsische  
344 Gesetze regelmäßig hinsichtlich Bürokratie und Vereinfachung überprüfen lassen.  
345 Zusätzlich werden die Staatsministerien einen Digitalcheck bei neuen Regelungen  
346 durchführen, und der Normenkontrollrat wird die Möglichkeiten der  
347 Digitalisierung unabhängig prüfen.

348

349 Wir Freie Demokraten werden statistische Berichtspflichten drastisch reduzieren  
350 und vorhandene Verwaltungsdaten zusammenführen, um die Belastung durch  
351 bürokratische Dokumentationspflichten zu minimieren.

57. Landesparteitag FDP Sachsen  
WelWel Döbeln | Fichtestraße 10, 04720 Döbeln, 4.11.2023

352 Wir wollen eine Wirtschaftspolitik für Sachsen, mit der es für innovative,  
353 kreativ denkende Köpfe einfacher als anderswo möglich ist, ein eigenes  
354 Unternehmen aufzubauen, zu übernehmen oder weiter zu entwickeln. Eine  
355 Wirtschaftspolitik, die schlank und flexibel ist und sich mit den Bedürfnissen  
356 des Marktes und der Unternehmen in Sachsen mit entwickelt und sich mehr der  
357 Problemlösung als der Problematisierung verschreibt. Denn die sächsischen  
358 Unternehmer und ihre Mitarbeiter sind stark, innovativ und leistungsfähig genug,  
359 um international an der Spitze stehen zu können – wir müssen sie nur machen  
360 lassen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 001: Struktur der Landesfachausschüsse für die Amtszeit 2023-2025

Antragsteller*in:	Landesvorstand FDP Sachsen (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Partei
Antragsblock:	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Für die Amtszeit 2023-2025 der Landesfachausschüsse legt der Landesparteitag
- 2 folgende Struktur fest:
- 3 • LFA Bildung
- 4 • LFA Digitale Agenda, Internet und Medien
- 5 • LFA Europa und Internationale Politik
- 6 • LFA Gesundheit und Pflege
- 7 • LFA Haushalt und Finanzen
- 8 • LFA Innen-, Rechts- und Sportpolitik
- 9 • LFA Kultur und Tourismus
- 10 • LFA Land- und Forstwirtschaft, Ernährung, Naturschutz
- 11 • LFA Nachhaltigkeit durch Innovation und Technologie
- 12 • LFA Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt (Generationen- und
- 13 Geschlechtergerechtigkeit, Meinungsvielfalt)
- 14 • LFA Verkehr und Landesentwicklung, Bauen/Wohnen
- 15 • LFA Wirtschaft, Arbeit und Handwerk
- 16 • LFA Wissenschaft, Hochschule und Innovation
- 17 Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand mit der Umsetzung dieser von
- 18 ihm beschlossenen Struktur.

### Begründung

Nach § 24 Fachausschüsse der Satzung der FDP Sachsen richtet der Landesverband Fachausschüsse ein, die sich in der Struktur an den Ausschüssen des Landtages orientieren.

*(1) Der Landesvorstand hat das Recht und auf Beschluss des Landesparteitages die Pflicht, zur Bearbeitung besonderer Fragen Fach- und Sonderausschüsse einzusetzen und sie wieder aufzulösen. Die Amtszeit der Landesfachausschüsse richtet sich nach der Amtszeit des Landesvorstandes. Der Landesvorstand entscheidet jeweils über Struktur und Ausschreibung der Mitgliedschaft in den Fachausschüssen. Die Struktur der Landesfachausschüsse sollte sich an den Landtagsausschüssen orientieren.*

Die Antragsteller streben einen offeneren Prozess zur Festlegung der programmatischen Struktur des Landesverbandes an. Daher haben sie in enger Abstimmung mit den LFA-Vorsitzenden der aktuellen Amtsperiode einen Vorschlag zur Aufteilung der Landesfachausschüsse erstellt für die kommende Amtszeit erstellt, der sowohl eine Orientierung an die Ausschüsse des Landtages umsetzt, als auch die Anforderungen des Leitbildes der Partei berücksichtigt. Um eine möglichst breite Legitimation der Struktur zu erreichen, stellen die Initiatoren dies zur Diskussion und Abstimmung durch den

Landesparteitag als höchstes Gremium des Landesverbandes. Sie erhoffen sich auch eine größere Motivation der Delegierten und Mitglieder des Landesverbandes zur Beteiligung und zum Engagement in den programmatischen Arbeitsgremien.

Zudem wollen die Antragsteller eine Optimierung des Konstituierungsverfahrens erreichen. Bisher erfolgte die Einsetzung durch den neu gewählten Vorstand in einer der Sitzungen nach der Wahl, auf der vom Landesvorstand die Struktur der Landesfachausschüsse beschlossen wurden. Daran anschließend wurde zu den konstituierenden Sitzungen der einzelnen Fachausschüsse eingeladen, auf denen dann die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter gewählt wurden. Erst dann war der entsprechende Landesfachausschuss formal arbeitsfähig und konnte mit seiner Arbeit beginnen.

Durch diese verschiedenen Fristen verzögert sich der Prozess zwangsläufig, so dass es vorkommen kann, dass Landesfachausschüsse erst Monate später in die eigentliche Arbeit einsteigen können und damit die Amtszeit formal nicht den eigentlich vorgesehenen zwei Jahren entspricht.

Mit dem Beschluss durch den Landesparteitag fällt die Entscheidung über die Struktur taggenau auf den formalen Beginn der Amtszeit, so dass theoretisch am selben Tag noch mit der Terminplanung für die konstituierenden Sitzungen begonnen werden kann. Damit wird das Verfahren deutlich gestrafft und beschleunigt.

## Antrag S 002: UNRWA abschaffen

<b>Antragsteller*in:</b>	Jungliberale Aktion Sachsen
<b>Sachgebiet:</b>	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Sachsen verurteilen den kriegerischen Überfall und die
- 2 entsetzlichen Taten pro-palästinensischer Terrororganisationen - im Vordergrund
- 3 die Hamas - auf Israel auf das Schärfste. Israel hat hierbei unsere volle
- 4 Unterstützung. Das Existenzrecht Israels ist und bleibt ein unerschütterlicher
- 5 Teil der deutschen Staatsräson.
- 6 Daher fordern wir:
- 7 • das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (United Nations Relief and Works
- 8 Agency for Palestine Refugees in the Near East = Hilfswerk der Vereinten
- 9 Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, kurz: UNRWA) aufzulösen.
- 10 Die Bundesrepublik Deutschland soll sich hierbei auf der internationalen
- 11 Ebene für dessen Abschaffung einsetzen.
- 12 • die vollständige Einstellung von finanziellen Unterstützungen der BRD an
- 13 die palästinensische Seite. Dies soll nach Möglichkeit zusammen mit den
- 14 europäischen Partnern, aber notfalls auch alleine passieren.
- 15 • jegliche notwendigen humanitären, militärischen und politischen Hilfen an
- 16 Israel zukommen zu lassen.
- 17 • ein Vereins- und Betätigungsverbot gegen Vereine und Organisationen in
- 18 Deutschland, die Terror gegen Israel unterstützen, zu erlassen.
- 19 • Strafverfahren im Kontext des Terrorangriffs auf Israel eine hohe Priorität
- 20 bei den Staatsanwaltschaften zu geben.
- 21 • das für ausländische Staatsbürger bei strafbaren antiisraelischen Taten die
- 22 Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland erlischt. Das gleiche Verfahren gilt
- 23 auch für Asylbewerber, die dann schnellstmöglich abgeschoben werden sollen.
- 24 • harte Sanktionen gegen die Unterstützer der Hamas und anderer Feinde des
- 25 israelischen Staates umzusetzen.
- 26 • ein Paket des Kultusministeriums für sächsische Lehrerinnen und Lehrer mit
- 27 Inhalten zum Umgang mit dem Krieg im Nahen Osten in die Wege zu leiten. Es
- 28 soll unter anderem Anleitungen dafür geben, wie Schülerinnen und Schüler
- 29 psychologisch und emotional unterstützt werden können.
- 30 • zum Beispiel Kräfte der GSG9 bzw. des KSK zu entsenden, wenn durch die IDF
- 31 (Israel Defence Force = Israelische Verteidigungsstreitkräfte)
- 32 Unterstützung zur Befreiung der deutschen Geiseln angefordert wird.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 003: Wehrhafte Demokratie wider den politischen Arm des Rechtsextremismus

Antragsteller*in:	Jungliberale Aktion Sachsen
Sachgebiet:	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
Antragsblock:	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP sieht sich als integraler Bestandteil wehrhafter Demokratie im Freistaat  
2 Sachsen. Aus diesem Selbstverständnis leiten wir nicht nur eine Abgrenzung von,  
3 sondern auch ein aktives Entgegenreten wider aller Akteure, deren  
4 grundsätzliche Haltung nicht mit der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung  
5 vereinbar ist, ab.
- 6 Wir erkennen an, dass der Fokus dieser Wehrhaftigkeit insbesondere dem  
7 Rechtsextremismus und seinen Wegbereitern gelten muss. Dies ist zum einen darin  
8 begründet, dass rechtsextreme Positionen bis hin zu Straftaten den größten  
9 Anteil am politischen Extremismus in Sachsen ausmachen, wachsende Salonfähigkeit  
10 erfahren und immer größere Gruppen von Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Dieser  
11 gesellschaftlichen Dynamik werden wir noch stärker entgegenreten, indem wir uns  
12 öffentlich klar positionieren und uns an entsprechenden Aktionen aus dem  
13 demokratischen Spektrum beteiligen. Außerdem leisten wir demokratische  
14 Überzeugungsarbeit in den Kommunen, direkt den Menschen vor Ort und hören ihnen  
15 zu, ohne dabei eine klare Positionierung auf dem Boden der FDGO zu vergessen.  
16 Dabei spielen alle Untergliederungen und insbesondere die Funktionsträgerinnen  
17 und Funktionsträger in den kommunalen Gremien eine unverzichtbare Rolle. Ihr  
18 Rückgrat muss am stärksten sein.
- 19 Zum anderen ist es darin begründet, dass der Rechtsextremismus mit der  
20 Alternative für Deutschland einen politischen Arm besitzt, dem es nicht nur  
21 gelingt signifikante Teile der Bevölkerung von sich zu überzeugen, sondern der  
22 sich auf absehbare Zeit auch im Landtag sowie in den kommunalen Gremien  
23 verankert hat. Diese Partei ist nicht nur offen rechtspopulistisch, sondern sie  
24 gefährdet auch die Stabilität unseres politischen Systems und wirkt aktiv an der  
25 Zersetzung unserer Demokratie. Ein solcher politischer Akteur, der nicht auf dem  
26 Fundament der Verfassung steht, kann für eine liberale Partei niemals ein  
27 politischer Partner sein. Vielmehr werden wir uns der Alternative für  
28 Deutschland auf jeder möglichen Ebene entgegenstellen und demokratiegefährdende  
29 Tendenzen sowie populistische Rhetorik entlarven.
- 30 Die FDP inklusive sämtlicher Untergliederungen schließt jegliche Zusammenarbeit  
31 mit der Alternative für Deutschland aus. Das bedeutet:
- 32 • Es werden keine gemeinsamen Fraktionen oder ähnliche Verbindungen  
33 gegründet.
  - 34 • Es werden keine gemeinsamen Anträge in Gremien jedweder Art eingebracht  
35 noch Petitionen, Begehren oder ähnliche politische Vorhaben formuliert.
  - 36 • Es finden keine Absprachen mit Vertreterinnen und Vertretern der AfD statt.

57. Landesparteitag FDP Sachsen  
WelWel Döbeln | Fichtestraße 10, 04720 Döbeln, 4.11.2023

- 37 • Anträge der Alternative für Deutschland werden kategorisch abgelehnt.  
38 Kandidatinnen und Kandidaten der Alternative für Deutschland erhalten von  
39 uns keine Stimmen.
- 40 • Es wird nicht an Veranstaltungen teilgenommen, an denen auch die  
41 Alternative für Deutschland teilnimmt, es sei denn es handelt sich um ein  
42 neutrales Forum, das der politischen Willensbildung dient.
- 43 Dabei steht für uns jedoch auch fest, dass wir der Alternative für Deutschland  
44 keine überproportionale Verhinderungsmacht einräumen dürfen. Es spielt daher für  
45 uns bei der Aufstellung und Wahl von Kandidaten sowie bei Einbringung und  
46 Beschluss von Anträgen keine Rolle, wie die Vertreter der Alternative für  
47 Deutschland stimmen. Dies hat keinen Einfluss auf unser eigenes  
48 Abstimmungsverhalten.
- 49 Schlussendlich definieren wir uns nicht in Abgrenzung zu anderen politischen  
50 Akteuren, sondern indem wir politische Positionen vertreten, die einem liberalen  
51 Wertekompass entspringen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 004: Die Ukraine muss den Verteidigungskrieg gewinnen

<b>Antragsteller*in:</b>	Sebastian Mitte (KV Dresden), Nick Farell Walter (KV Leipzig), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Thomas Gebhardt (KV Dresden), Sebastian Rother (KV Leipzig), Max Eisold (KV Dresden), Clemens Heydrich (KV Chemnitz), David Kessler (KV Chemnitz), Carl Gruner (KV Dresden), Gregor Gruner (KV Bautzen), Michael Schniebel (KV Bautzen)
<b>Sachgebiet:</b>	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir sprechen uns für weitere, schnelle Waffenlieferungen an die Ukraine aus,
- 2 welche es ihr ermöglichen, sich gegen den russischen Angriff zu wehren und ihre
- 3 Bevölkerung zu schützen. Nach den Möglichkeiten der deutschen Bestände sind
- 4 diese Lieferungen zu intensivieren.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 005: Kurzarbeit in Zeiten des Fachkräftemangels begrenzen

Antragsteller*in:	KV Zwickau (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Kein Wohlstand ohne eine starke Wirtschaft
Antragsblock:	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Sachsen fordert die Mobilität am ersten Arbeitsmarkt durch den Abbau
- 2 versicherungsfremder Leistungen zu erhöhen. Dabei sind Großkonzerne aufgrund
- 3 ihrer Synergieeffekte und Skaleneffekte stärker in die Pflicht zu nehmen als
- 4 Klein- und Kleinstbetriebe. Ziel der höheren Mobilität am ersten Arbeitsmarkt
- 5 ist es, dass die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schneller aus
- 6 defizitären und nicht wettbewerbsfähigen Stellen in zukunftsfähige und
- 7 wohlstandssichernde Stellen wechseln.
  
- 8 Die FDP Sachsen fordert daher die gestaffelte Begrenzung der Kurzarbeit. Liegt
- 9 die Arbeitslosenquote unter 6% sollen nur noch Firmen mit weniger als 50
- 10 Angestellten Zugang zum Instrument der Kurzarbeit haben. Bis 8% erweitert sich
- 11 der Kreis der berechtigten Unternehmen auf alle mit weniger als 500
- 12 Angestellten, bis 10% auf alle Unternehmen mit weniger als 5000 Beschäftigten
- 13 und erst darüber auf alle Unternehmen. Unternehmensbeteiligungen größer 5%
- 14 führen dazu, dass die Unternehmungen als verbundene Unternehmen angesehen werden
- 15 und die Angestellten zusammengerechnet werden. Damit bleibt der Sinn der
- 16 Beschäftigungssicherung in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit erhalten und die KMUs
- 17 erhalten ausnahmsweise eine besonders mittelstandsfreundliche Berücksichtigung.

### Begründung

1. Gerade in der Coronazeit haben große Konzerne exzessiv vom Instrument der Kurzarbeit gebrauch gemacht. Danach waren sie so im Lieferverzug, dass sie ihre Endkundenpreise massiv erhöhen konnten und so in den abgeschlossenen Bilanzen rekordverdächtige Renditen erzielt wurden. Einen Teil dieser Renditen haben nicht die Kunden bezahlt, sondern die Versicherten der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Das heißt; ganz konkret haben die Beschäftigten, die nicht in Kurzarbeit waren, diese Großkonzerne subventioniert.
2. In Zeiten von Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel ist es ein politisch fatales Signal, wenn man solche ausbeuterischen Geschäftspraktiken rechtlich zulässt. Einerseits arbeiten im statistischen Mittel einkommensschwächere Arbeitnehmer für das Kurzarbeitergeld einkommensstärkerer Tarifbeschäftigte. Und andererseits verhindert diese Subvention eine kontinuierliche Restrukturierung und Marktanpassung der Großkonzerne. Würde man diesen Großkonzernen nicht andauernd so viel Geld der Steuerzahler und der SV hinterherwerfen, dann würden sie jetzt nicht von einer Katastrophenmeldung zur nächsten schlittern.
3. Der demografische Wandel wird langfristig die Arbeitskräfteverfügbarkeit limitieren. Daraus folgen zwei elementare Risiken für den Standort. Einerseits können nicht mehr alle Stellen besetzt werden und die Wirtschaftsleistung schrumpft. Das trifft insbesondere ein so altes Bundesland wie Sachsen. Andererseits gefährden wir das Wohlstandsniveau, wenn wir Arbeitskraft in unproduktiven Bereichen

halten. Daher ist es Elementar für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes, dass die Arbeitskräfte von unproduktiveren in produktivere Stellen abwandern.

4. Aufgrund der Reparaturbedürftigkeit unserer Bundesrepublik, der wirtschaftlichen Herausforderungen und die absehbar schwindenden Spielräume im Gesamthaushalt ist der Zeitpunkt günstig alle versicherungsfremden Leistungen der Sozialversicherungen auf den Prüfstand zu stellen. Die Kurzarbeit ist aktuell weitestgehend entbehrlich zumal sie uns aktuell Wirtschaftskraft und Restrukturierungspotentiale kostet.

## Antrag S 006: Praktikumpflicht in der Grundsicherung einführen

<b>Antragsteller*in:</b>	LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt
<b>Sachgebiet:</b>	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Sachsen fordert eine Praktikumpflicht für Erwerbsfähige einzuführen,
- 2 die keiner Form der Erwerbstätigkeit nachgehen. Dabei ist für die
- 3 Praktikumpflicht nur die Erwerbsfähigkeit, der Bezug von Grundsicherung und das
- 4 Fehlen einer Erwerbstätigkeit ausschlaggebend. Geschlecht, Nationalität,
- 5 Schutzstatus und andere soziographischen Merkmale sind unbeachtlich.
- 6 Die Praktikumpflicht soll wie folgt ausgestaltet werden:
- 7 1. Der Umfang der Praktikumpflicht beträgt 40h je Monat an 11 Monaten im Jahr
- 8 2. Der Praktikumsbetrieb schuldet dem Praktikant Einarbeitung, Betreuung und
- 9 Training on the Job. Der Praktikant soll nach seinem Praktikum wissen,
- 10 welche Chancen es für ihn im Praktikumsbetrieb gibt.
- 11 3. Für diese Leistung (siehe Punkt 2) am Praktikanten entfällt eine
- 12 Entgeltspflicht des Praktikumsbetriebes.
- 13 4. Der Praktikant soll die freie Wahl haben zwischen der Erfüllung seiner
- 14 Praktikumpflicht und der nicht-Erfüllung haben. Bei nicht-Erfüllung wird
- 15 in Übereinstimmung mit dem Ur. v. 05.11.2019, Az. 1 BvL 7/16 der
- 16 Leistungsbezug um 30% gekürzt.
- 17 5. Die Auszahlstelle des unsanktionierten Bürgergeldes soll in Analogie zum
- 18 Kurzarbeitergeld der Praktikumsbetrieb sein. Damit soll ein
- 19 automatisierbarer Verwaltungsakt ermöglicht werden, der die knappen
- 20 Personalkapazitäten entlastet. Es gibt dann nur zwei Fälle, direkte Zahlung
- 21 an Leistungsempfänger bedeutet sanktionierter Betrag, Zahlung an
- 22 Praktikumsbetrieb bedeutet unsanktionierter Betrag.
- 23 6. Qualifizierungsmaßnahmen, die die Praktikumpflicht auch erfüllen, sollen
- 24 erst nach 11 vollständig absolvierten Praktika in Unternehmen möglich sein.
- 25 Wobei nach jeder angefangenen Qualifizierungsmaßnahme wieder neu gezählt
- 26 wird.

27

### Begründung

Die Praktikumpflicht ist verfassungsrechtlich aus vielerlei Gründen unbedenklich. Es bleibt den Leistungsempfängern unbenommen Beruf und Arbeitsstätte frei zu wählen. Die Würde der Leistungsempfänger wird durch eine unbürokratische tätigkeitsorientierte Aktivierung ebenso wenig angegriffen, wie das Recht auf Selbstbestimmung. Die Daseinsfürsorge verpflichtet den Staat zu einer Existenzsicherung, die nach Az. 1 BvL 7/16 vom 05.11.2019 erhalten bleibt. Dieses bedingungslose Grundeinkommen bleibt von einer Praktikumpflicht auch dann unberührt, wenn der Leistungsempfänger der Praktikumpflicht nicht nachkommt. Die Praktikumpflicht behandelt alle im deutschen Rechtsraum

gleich, sodass sich auch Passdeutsche nicht strukturell benachteiligt sehen können. Auf der anderen Seite der Praktikumspflicht steht die staatliche Enteignung der netto-Steuerzahler. Auch dieser Grundrechtseingriff muss angemessen sein und systematisch minimiert werden. Daher ist es im Sinne des Grundgesetzes geboten alle Hürden zur Wiedereingliederung des ersten Arbeitsmarktes abzubauen und Leistungsempfänger mit Nachdruck zu aktivieren.

Daneben hat die FDP Sachsen seit dem 56. Landesparteitag mit Trained on the Job eine Beschlusslage, die es gerade Langzeitarbeitslosen und auch ausländischen Fachkräften erleichtern soll, sich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Damit hat die FDP Sachsen einen Rahmen in der Schublade, der über den Weg der betrieblichen Ausbildung Langzeitarbeitslose, Arbeitsmigranten und auch Flüchtlinge zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Nun müssen diese Personengruppen in die Betriebe kommen. Deshalb ist die Praktikumspflicht die sinngemäße Fortführung des Trained on the Job – Beschlusses der FDP Sachsen. Wir brauchen für die Restrukturierung und Sanierung unseres Landes jede Hand, die arbeitsfähig ist.

## Antrag S 007: Privatkaufprivileg für den sächsischen Wohnungsbau

Antragsteller*in:	KV Zwickau (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Das Leben einfacher machen
Antragsblock:	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die FDP Sachsen fordert einen Paradigmenwechsel in der Förderung von  
2 selbstgenutztem Wohneigentum. Zum einen herrschen abseits der Großstädte völlig  
3 andere Marktbedingungen und zum anderen ist die Wohneigentumsquote in Sachsen  
4 die schlechteste unter den Flächenländern. Daher ist das Ziel der FDP Sachsen  
5 die landespolitischen Spielräume auszuschöpfen, um die Wohneigentumsquote  
6 signifikant zu erhöhen.

7 Das erste Maßnahmenbündel ist die Privilegierung des Privatkaufes:

8 1. Dazu werden die Erwerbsnebenkosten für den Erwerb selbstgenutzten  
9 Wohneigentums maximal gesenkt. Einerseits wird die Grunderwerbsteuer für  
10 den Kauf zur Eigennutzung auf 0% festgesetzt und die Gerichtskosten für  
11 Ein- und Umtragungen kostenfrei gestellt.

12 2. Das Vorkaufsrecht der Mieter nach §577 BGB wird dereguliert, indem  
13 1. Ausnahmetatbestände per Bundesrat-Initiative entfallen und  
14 2. eine rollierende Aufteilungspflicht verwaltungskostenfrei, ohne  
15 Architektenpflicht und einer standardisierten Teilungserklärung als  
16 gesetzlicher Rückfall unregelter Eigentümergemeinschaften mit jedem  
17 Verkauf in Sachsen verbunden werden.

18 3. Die sächsischen Baustandards werden vollständig auf die europäischen  
19 Mindeststandards gesetzt inkl. einer Reduktion der Gebäudedifferenzierung,  
20 um das Bauen vorschriftenseitig zu verbilligen.

21 4. Die sächsische Förderkulisse wird dahingehend geändert, dass im Rahmen  
22 eines Verkaufes von Wohneinheiten zur Eigennutzung die Bundesförderung  
23 angemessen und pauschal aufgestockt wird. Dies sollen ausdrücklich auch  
24 Projektentwickler und Investoren nutzen können, insofern das ausgebaute  
25 Wohnobjekt innerhalb von 3 Jahren für mindestens 5 Jahre in Eigennutzung  
26 übergeht.

27 Für die FDP Sachsen ist völlig klar, dass der Aufbau von Eigentum und die  
28 Kreditwürdigkeit der Bürger die wirtschaftliche Schlagkraft einer Region  
29 dominiert. Eine Wirtschaftsordnung, in der die Bürger von Dritten bzw. Konzernen  
30 ihre täglichen Notwendigkeiten mieten müssen, schafft nur Abhängigkeiten.  
31 Deshalb steht das selbstgenutzte Privateigentum für Unabhängigkeit und Freiheit  
32 im klassisch liberalen Sinne. Mit dem Übergang in selbstgenutztes Wohneigentum  
33 steigt die Unabhängigkeit der Bürger von der Entwicklung der Mieten und mit der  
34 Einbeziehung von Projektentwickler und Vermieter bei der Förderkulisse wird eine  
35 goldene Brücke von einem von Investoren geprägten Immobilienmarkt hin zu einem  
36 von Selbstnutzern geprägten Immobilienmarkt gebaut. Zukünftig soll das Knowhow

- 37 bei Sanierung und Projektentwicklung den Absatz und die Renditen der Investoren  
38 sichern.

## Begründung

Der wichtigste Grund für diesen politischen Vorstoß ist der Bürger, der damit steigenden Mieten entgeht, Vermögen und damit Kreditwürdigkeit aufbaut und das Risiko in Altersarmut zu rutschen massiv reduziert. Sozialpolitisch ist also die massive Erhöhung der Eigentumsquote wünschenswert. Damit der Bürger gute Entscheidungen im Eigeninteresse überhaupt treffen kann, muss der Rechtsrahmen so ausgestaltet sein, dass er von Chancen und Opportunitäten rechtzeitig erfährt. Es kann daher nicht politisch gebilligt werden, wenn Immobilienverkäufe an den Mietern kenntnislos vorbeigehen und sie darüber hinaus gar keine richtige Chance haben, ihre eigene Kaufabsicht darzustellen. Diese Hürden baut das Maßnahmenpaket zum „Privatkaufprivileg“ ab.

Daneben schafft Wohneigentum regionale Bindung. Dies ist gerade für den ländlichen Raum ein wichtiger Faktor. Das heißt neben den primären sozialpolitischen Zielen gehört die Stärkung des ländlichen Raumes zu den Nebenzielen des „Privatkaufprivilegs“. Dort gibt es massiven Leerstand, der nach einer letztlich subventionierten Sanierung in selbstgenutztes Wohneigentum überführt werden soll. Da dieses Geld am Ende zu beleihbaren Assets im Privateigentum führt und nicht mehr in den Händen institutioneller Investoren ist, werden die sächsischen Bürger gefördert. Um dieses Wohneigentum im ländlichen Raum attraktiv zu machen, sind Hochgeschwindigkeitslogistikachsen zu den Oberzentren vorzusehen, die die Massenmobilität und den Warenverkehr effizient sicherstellen und den ländlichen Raum in einem zeitlich hinnehmbaren Rahmen an alle Versorgungsstrukturen anschließen. Dies sollte in einem Maßnahmenpaket „Logistik in den ländlichen Raum“ weitergedacht werden.

Sachsen hat die einmalige Gelegenheit als Erster einen wichtigen Strukturimpuls zu setzen, der darüber hinaus die regionale Bauindustrie und den Wohnungsbau stützen wird. Das hat ganz einfache Gründe: Das Preisniveau im Immobiliensektor wird in Sachsen schon aus demografischen Gründen niedrig bleiben und mit der einerseits an Privateigentum und andererseits an die Sanierung gekoppelten Förderung und Privilegierung wird Sachsen zum Zentrum für einen kleinteiligen und marktliberalen Immobilienmarkt, der aufgrund der vielen Marktteilnehmer faire für Familien leistbare Immobilien entwickelt. Die FDP Sachsen verwandelt so die vermeintliche Strukturschwäche des sächsischen Immobilienmarktes in die Chance schlechthin für die sächsischen Bürger.

Im Folgenden sind 10 Gründe aufgelistet, die die Bausparkassen für die Wohneigentumsbildung anführen<sup>[1]</sup>:

1. »Mehr als jeder zweite Mieter träumt von eigenen vier Wänden. Viele von ihnen arbeiten und sparen darauf hin. Die Politik ist gut beraten, diese Menschen in ihren Anstrengungen zu unterstützen. Denn miet- und schuldenfreies Wohnen schützt vor Altersarmut und entlastet damit die staatlichen Sozialsysteme.«
2. »Haushalte, die im Eigentum wohnen, haben bei gleichem Arbeitseinkommen im Rentenalter deutlich mehr Nettovermögen als Mieterhaushalte. Der Grund: Sie sparen mehr. Wohneigentumsförderung heißt deshalb: Vermögensbildung von Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen und gerechtere Vermögensverteilung.«
3. »Wohneigentum bedeutet Generationenvorsorge. Fast drei Viertel der an die nächste Generation vererbten Vermögen beziehen sich auf Ein- und Zweifamilienhäuser. Wohneigentumsbildung fördern, heißt deshalb: Politik für Familien machen.«
4. »Wohneigentum verwurzelt. Jeder dritte Mensch in Deutschland mit Migrationshintergrund lebt bereits in eigenen vier Wänden und viele andere träumen davon. Kein Wunder: In den Ländern aus denen ihre

Eltern oder Großeltern zu uns gekommen sind, gehört das eigene Haus meist wie selbstverständlich dazu.«

5. »Rentnerhaushalte im Wohneigentum sparen im Schnitt mehr als ein Drittel ihrer gesetzlichen Rente. Mietfreies Wohnen im Alter wirkt damit wie eine steinerne Zusatzrente. Dabei ist Wohneigentum die einzige Form der Altersvorsorge, die man schon in jungen Jahren genießen kann.«
6. »Eigenheimbau schafft auch Mietwohnungsraum. Wer in eigene vier Wände zieht, macht normalerweise eine preiswertere Mietwohnung frei. Das entlastet angespannte Mietwohnungsmärkte.«
7. »Eigenheimbau ist ein Jobmotor und bedeutender Wirtschaftsfaktor für die regionale Bauwirtschaft und das Handwerk. Allein die Zahl der jährlich neu geschaffenen Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern ist deutlich größer als die Zahl der neuen Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern.«
8. »Wohneigentum ist ein Haltefaktor im ländlichen Raum. Über der Hälfte der Deutschen lebt hier und viele wollen dort leben – gute Verkehrsanbindung und leistungsfähiges Internet vorausgesetzt. Es muss nicht immer auf der grünen Wiese gebaut werden. Programme wie „Jung kauft Alt“ helfen, Dorf- oder Kleinstadtkerne lebenswert zu halten.«
9. »Menschen, die im Wohneigentum leben, entwickeln einen besonderen Bezug zu ihrer Nachbarschaft. Wohneigentumsbildung stabilisiert die Quartiersentwicklung. Das gilt auch für Quartiere, die einen Entwicklungsbedarf haben, als benachteiligt gelten und um Zukunftsperspektiven ringen.«
10. »Wer die Klimawende schaffen will, ist gut beraten, die hohe Investitionsbereitschaft von Wohneigentümern zu nutzen und privates Kapital, das dafür oft zweckgerichtet angespart wird, mit gezielten Anreizen zu mobilisieren.«

[1][https://www.bausparkassen.de/wp-content/uploads/2020/12/10guteGru%CC%88nde\\_Ko%CC%88nig\\_A4\\_web.pdf](https://www.bausparkassen.de/wp-content/uploads/2020/12/10guteGru%CC%88nde_Ko%CC%88nig_A4_web.pdf)

## Antrag S 008: Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Schulessen

<b>Antragsteller*in:</b>	LFA SN Finanzen und Haushalt, LFA SN Bildung
<b>Sachgebiet:</b>	Das Leben einfacher machen
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Essenspreise an Schulen sind in den vergangenen Jahren aufgrund vieler
- 2 Faktoren, wie z.B. gestiegene Personal- und Energiekosten, drastisch gestiegen.
- 3 Nun droht ein erneuter Anstieg, wenn zum 31.12.2023 der reduzierte
- 4 Mehrwertsteuersatz von 7% ausläuft, denn die Schulessensversorgung ist
- 5 mehrwertsteuerlich eine gastronomische Leistung und damit grundsätzlich mit 19%
- 6 zu versteuern.
- 7 Es ist steuerlich demnach ein und dasselbe, ob Kinder in der Schule eine warme
- 8 Mahlzeit erhalten oder ob eine Familie gezielt ein Restaurant aufsucht. Während
- 9 das belegte Brötchen beim Bäcker zum Mitnehmen mit 7% besteuert wird, ist das
- 10 Schulessen mit 19% Mehrwertsteuer belegt.
- 11 Mit einem dauerhaft reduziertem Mehrwertsteuersatz wird ein weiterer
- 12 kurzfristiger Anstieg der Preise für die Schulessensversorgung verhindert und
- 13 somit Familien aktuell um ca. 0,50€ pro Mahlzeit (bei angenommenen 4,80 Euro /
- 14 Schulessen) entlastet.
- 15 Nicht zuletzt entlastet diese Maßnahme auch den kommunalen Haushalt, der für die
- 16 Kostenübernahme im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets zuständig ist.
- 17 Daher soll sich die FDP Sachsen auf Bundesebene entsprechend ihrer Vertreter
- 18 (MdBs, BFA-Entsandte etc.) dafür einsetzen, die Essensversorgung an Schulen von
- 19 der Regelung für Gastronomie zu entkoppeln und dauerhaft den reduzierten
- 20 Mehrwertsteuersatz von 7% für Schulessen fordern.
- 21 Sollte bis zum Jahresende keine Einigung über die Fortführung der reduzierten
- 22 Mehrwertsteuer für Gastronomie und Schulessen erfolgt sein, soll durch den
- 23 Landesverband ein entsprechender Antrag zum nächsten Bundesparteitag eingebracht
- 24 werden.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 009: Sachleistungsvorrang in der Kindergrundsicherung

<b>Antragsteller*in:</b>	LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt
<b>Sachgebiet:</b>	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die FDP Sachsen fordert einen Paradigmenwechsel in der Existenzsicherung und  
2 Armutsbekämpfung für die Kinder. Für die FDP Sachsen ist daher Sachleistungen  
3 Vorrang vor Geldleistungen zu geben. Schaut man sich die Anerkennung, Quotierung  
4 und Staffelung der Regelbedarfe nach dem SGB II, die Möglichkeiten der  
5 Aufstockung nach dem Bürgergeld und dem Entwurf der Kindergrundsicherung an,  
6 dann wird deutlich, dass das Familienministerium wieder einen sehr komplizierten  
7 Weg für gemutmaßte Gerechtigkeit geht.

8 Die FDP Sachsen schlägt alternativ vor, dass Kindergeld und Kinderfreibeträge  
9 zugunsten einer auf Sachleistungen basierenden Kindergrundsicherung  
10 abzuschaffen. Als Ersatz gibt es ein durchfinanziertes System aus Betreuung,  
11 Förderung und Teilhabe, eine Kinderkarte zur direkten Abrechnung von  
12 Sachleistungen und der Regelbedarfe des Bürgergeldes. Mit den Regelungen zum  
13 Aufstocken ist es möglich die Steuerfreibeträge grundrechtskonform zu streichen,  
14 indem man durch Aufrechnung von Einkommenssteuer und Bürgergeldanspruch  
15 frühestens ab dem Existenzminimum zum netto-Steuerzahler wird. Daneben sollte  
16 die mit der Elternschaft verknüpfte Unterhaltspflicht immer zu einer erhöhten  
17 Erwerbsobliegenheit führen. Der größte Schutzfaktor gegen Kinderarmut ist und  
18 bleibt die Erwerbstätigkeit und damit materielle Leistungsfähigkeit der Eltern.  
19 Seit der Einführung des allgemeinen Betreuungsanspruches ab dem ersten  
20 Lebensjahr, führt eine allgemeine Erwerbsobliegenheit aller Eltern zu keinen  
21 unbilligen Härten mehr. Insbesondere dann, wenn sie durchfinanziert ist.

22 Die FDP Sachsen bekämpft damit Kinderarmut in mehreren Ebenen:

- 23 1. Es wird die Leistung am Kind bezahlt und nicht den Eltern eine Pauschale  
24 überwiesen in der Hoffnung, dass sie alles für das Kind einsetzen. Gerade  
25 in bildungsfernen Schichten lässt bleibt Wirkung monetärer Transfers hinter  
26 den Erwartungen zurück. Noch mehr Geld wird daran nichts ändern.
- 27 2. Mit der kommunalen Organisation der Kinderkarte zur automatisierten  
28 Überwachung der Leistungsstellung der regionalen Träger wird ein Abfließen  
29 von Mitteln ins Ausland vermieden.
- 30 3. Mit der Unterhaltspflicht der Eltern lässt sich die erhöhte  
31 Erwerbsobliegenheit ableiten. Dieses Konzept kann auf die sozialen Eltern  
32 erweitert werden indem man kleines wie großes Sorgerecht mit der  
33 Unterhaltspflicht verknüpft. Damit erhöht sich nicht nur die  
34 Erwerbspartizipation der Eltern, sondern auch deren Gesamteinkommen, womit  
35 die materielle Absicherung der Kinder besser gewährleistet wird.

36 Für die FDP Sachsen ist es von höchster Priorität, dass die Mittel zur  
37 Bekämpfung von Kinderarmut nicht zweckentfremdet werden können, nicht in  
38 Größenordnungen ins Ausland fließen und die zuständigen kommunalen Stellen vor

57. Landesparteitag FDP Sachsen  
WelWel Döbeln | Fichtestraße 10, 04720 Döbeln, 4.11.2023

- 39 Ort das maximale aus den Mitteln für die Kinder herausholen können. Dafür muss  
40 das Konzept des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge aufgegeben werden und die  
41 Betreuungs-, Bildungs- und Teilhabeangebote vor Ort vollständig durchfinanziert  
42 sein. Die Existenzsicherung erfüllt davon unberührt das Bürgergeld.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 010: Verbesserung des Umgangs der Finanzämter mit Bürgern und Unternehmern

Antragsteller*in:	LFA SN Finanzen und Haushalt
Sachgebiet:	Das Leben einfacher machen
Antragsblock:	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und die wichtige  
2 Rolle, die Bürger und Unternehmer dabei spielen, möchten wir anregen, den Umgang  
3 der deutschen Finanzämter mit dieser Gruppe zu optimieren. Ein reibungsloser und  
4 vertrauensvoller Dialog zwischen Finanzbehörden und den Leistungsträgern ist von  
5 großer Bedeutung, um die Effizienz der Steuererhebung zu steigern und  
6 gleichzeitig die Belastungen für alle Beteiligten zu minimieren.

7 Wir schlagen folgende Maßnahmen zur Verbesserung vor:

8 **Klare Kommunikation und Transparenz:** Es sollte eine klare  
9 Kommunikationsrichtlinie für Finanzämter geben, die sicherstellt, dass Bürger  
10 und Unternehmer verständliche und präzise Informationen zu ihren steuerlichen  
11 Pflichten erhalten. Dies könnte durch leicht verständliche Schreiben, Leitfäden  
12 und informative Workshops erreicht werden.

13

14 **Digitale Lösungen:** Die Digitalisierung kann den Austausch von Informationen  
15 zwischen Unternehmern und Finanzämtern erheblich erleichtern und beschleunigen.  
16 Es sollte eine benutzerfreundlichere Plattform entwickelt werden, über die  
17 Bürger und Unternehmer ihre steuerlichen Angelegenheiten elektronisch einreichen  
18 können, und die Finanzämter sollten ihrerseits mehr digitale Tools verwenden, um  
19 effizienter zu arbeiten.

20 **Mehrsprachige Unterstützung:** Da Deutschland eine vielfältige Einwohner- und  
21 Unternehmerlandschaft hat, wäre die Bereitstellung von Informationen und  
22 Unterstützung in verschiedenen Sprachen besonders in Englisch von Vorteil, um  
23 Barrieren für nicht-deutschsprachige Unternehmer zu reduzieren.

24 **Praktische Schulungen:** Statt nur theoretischer Informationen könnten praktische  
25 Schulungen angeboten werden, in denen Bürger und Unternehmer lernen, wie sie  
26 ihre steuerlichen Angelegenheiten korrekt vorbereiten und einreichen können.  
27 Dies könnte zu weniger Fehlern und Missverständnissen führen.

28 **Transparente Richtlinien für Betriebsprüfungen:** Klar definierte Richtlinien für  
29 Betriebsprüfungen könnten Unsicherheiten verringern. Diese könnten die  
30 Häufigkeit von Prüfungen, die Dokumentationsanforderungen und den Ablauf der  
31 Prüfungen festlegen.

32 **Fristen und Vorhersehbarkeit:** Ein verlässlicher Zeitrahmen für steuerliche  
33 Angelegenheiten ist für Bürger und Unternehmer von großer Bedeutung. Wir  
34 schlagen vor, dass Finanzämter verbindliche Fristen für die Bearbeitung von  
35 Anfragen und Anträgen festlegen, um Unsicherheiten zu minimieren und die  
36 unternehmerische Planung zu erleichtern.

- 37 **Beratung und Unterstützung:** Die Finanzämter könnten eine proaktive Rolle bei der  
38 Bereitstellung von Informationen und Unterstützung für Bürger und Unternehmer  
39 übernehmen. Dies könnte durch die Einrichtung einer Hotline oder eines  
40 Beratungsservices geschehen, um Fragen zu klären und Unsicherheiten auszuräumen.
- 41 **Beschwerdemechanismen:** Ein transparenter Mechanismus zur Einreichung von  
42 Beschwerden über den Umgang mit Finanzämtern sollte implementiert werden. Diese  
43 Beschwerden könnten zur Evaluierung und kontinuierlichen Verbesserung der  
44 Dienstleistungen genutzt werden.
- 45 **Vor-Ort-Beratungen:** Finanzämter könnten regelmäßig Sprechstunden oder  
46 Beratungstermine anbieten. Diese persönlichen Treffen könnten eine Gelegenheit  
47 bieten, spezifische Fragen zu klären und individuelle steuerliche Anliegen zu  
48 besprechen.
- 49 **Kooperation mit Wirtschaftsverbänden:** Finanzämter könnten enger mit  
50 Wirtschaftsverbänden und -kammern zusammenarbeiten, um deren Mitglieder über  
51 steuerliche Verpflichtungen zu informieren und Feedback von der  
52 Unternehmensseite zu erhalten.
- 53 **Online-Wissenstransfer:** Die Erstellung von Online-Ressourcen wie Webinaren,  
54 Tutorials oder FAQ-Bereichen auf den Websites der Finanzämter könnte eine  
55 effiziente Möglichkeit sein, Bürgern und Unternehmern wichtige Informationen zur  
56 Verfügung zu stellen.
- 57 **Feedback-Mechanismen:** Die Finanzämter könnten regelmäßig Feedback von Bürgern  
58 und Unternehmern einholen, um kontinuierliche Verbesserungen vorzunehmen. Dies  
59 könnte durch Umfragen geschehen.
- 60 Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, ein harmonisches Verhältnis  
61 zwischen Steuerzahlern und Finanzämtern zu fördern, das auf Vertrauen,  
62 Kooperation und Effizienz basiert. Die Umsetzung dieser Verbesserungen kann zu  
63 einem besseren Verständnis der steuerlichen Anforderungen seitens der Bürger und  
64 Unternehmer führen und gleichzeitig die Arbeit der Finanzämter optimieren.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 011: Girocode für alle Zahlungsaufforderungen und Gebührenbescheide des Freistaates Sachsen

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)
<b>Sachgebiet:</b>	Das Leben einfacher machen
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten fordern die Verwendung des so genannten GiroCodes oder
- 2 EPC-QR-Codes auf allen Gebührenbescheiden, Zahlungsaufforderungen,
- 3 Anhebungsbögen, Rechnungen oder sonstigen Dokumenten, die vom Empfänger eine
- 4 Zahlung an den Freistaat Sachsen, einen seiner Betriebe oder nachgelagerten
- 5 Behörden Eigenbetriebe oder eines seiner Beteiligungsunternehmen verlangen.

### **Begründung**

In einem GiroCode sind alle Daten für eine SEPA-Überweisung enthalten, durch den Scan etwa mit der mobilen Banking-App oder am Überweisungsautomaten werden dadurch alle Daten fehlerfrei übernommen, Tippfehler werden so ausgeschlossen. Leider wird nicht auf alle entsprechenden Dokumente ein GiroCode aufgedruckt. Dies wollen wir ändern.

## Antrag S 012: Krankheit im Verborgenen: ME/CF-Betroffenen eine Perspektive geben

Antragsteller*in:	KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
Antragsblock:	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Myalgische Enzephalomyelitis / Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) ist eine  
2 schwere, komplexe, chronische Multisystemerkrankung mit Dysregulation  
3 des Immunsystems, Nervensystems und Energiestoffwechsels. Das  
4 Krankheitsbild wird seit 1969 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO)  
5 als Erkrankung des Nervensystems im ICD-Katalog unter der Position  
6 G93.3 erfasst. Die international geschätzte Prävalenz beträgt 0,3  
7 Prozent. Weltweit sind etwa 17 Millionen Menschen betroffen. In Deutschland  
8 litten bereits vor der Pandemie circa 300.000 Menschen, darunter 40.000 Kinder  
9 und Jugendliche, unter ME/CFS (vgl. Scheibenbogen et al. (2019),  
10 Ärzteblatt Sachsen 9/2019, 26-30). Das Haupterkrankungsalter liegt bei  
11 elf bis 40 Jahren, Frauen erkranken doppelt so häufig. ME/CFS ist somit  
12 insgesamt definitionsgemäß keine seltene Erkrankung (vgl. Nacul et al. 10  
13 (2011), <https://doi.org/10.1186/1741-7015-9-91>; Nacul et al. (2021),  
14 <https://doi.org/10.3390/medicina57050510>), sondern tritt in Deutschland ebenso  
15 häufig auf wie Multiple Sklerose (MS). Erste Studien zeigen zudem zentrale  
16 Überschneidungen von ME/CFS und Long-COVID nicht nur in den in den  
17 auftretenden Symptomen und zugrunde liegenden Mechanismen sondern gehen auch  
18 davon aus, dass ein wesentlicher Teil der CO-VID-19-Erkrankten an ME/CFS  
19 leiden wird. Konservativen Schätzungen zufolge wird international  
20 infolge der COVID-19-Pandemie ein Anstieg der Zahl der Betroffenen um  
21 10 Millionen erwartet. Basierend auf dieser Annahme wird die Zahl  
22 der Erkrankten in Deutschland von 300.000 auf etwa 400.000 Erwachsene, Kinder  
23 und Jugendliche ansteigen. Die Jungen Liberalen Leipzig fordern die Sächsische  
24 Staatsregierung auf, die Aufklärung über das Krankheitsbild ME/CFS  
25 voranzutreiben und die Situation der Betroffenen durch folgende Maßnahmen  
26 zu verbessern:

- 27 1. Hinwirken auf eine systematische Fort- und Weiterbildung von Ärztinnen und  
28 Ärzten sowie des pflegerischen Personals durch die  
29 Landesaärztekammer entsprechend dem aktuellen Stand der Forschung, um  
30 Bewusstsein und Expertise im Umgang mit ME/CFS zu schaffen und die aktuell  
31 hohe Zeitspanne bis zum Erhalt der Diagnose zu senken sowie Fehldiagnosen  
32 zu vermeiden und veraltete Dogmen zu beseitigen.
- 33 2. Aufsetzen einer niedrigschwelligen landesweiten Aufklärungs- und  
34 Informationskampagne über das Krankheitsbild ME/CFS und die Situation  
35 der Betroffene, um die Akzeptanz und das Verständnis zu verbessern. Durch  
36 fehlende Aufklärung von Politik, Ärzteschaft und Öffentlichkeit  
37 erfahren die Patienten leider oftmals eine erhebliche Stigmatisierung

- 38 sowie mangelnde Anerkennung bei Krankenkassen,  
39 Versorgungsa[m]tern, Rentenversicherun-gen, Schulen und  
40 Einrichtungen des O[ffentlichen] Gesundheitsdienstes, Sozialdienstes  
41 und der Jugend-und Familienberatung.
- 42 3. In Abstimmung mit den beteiligten Ressorts ist ein Leitfaden sowohl  
43 fu[er] die Sächsi-schen Schula[m]ter als auch die Jugenda[m]ter  
44 zu erstellen, welcher Schulleitungen, Lehrkra[ft]en, Sozialarbeitern,  
45 Eltern, Schu[ler]innen und Schu[ler]ern gezielte Information u[ber] die  
46 Erkrankung ME/CFS bereitstellt und Hilfestellungen bietet, wie sie  
47 sich im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit ME/CFS zu  
48 verhalten haben und wer ihnen beratend zur Seite stehen kann.
- 49 4. Erstellung eines regional und fachlich gegliederten Verzeichnisses u[ber]  
50 A[erzt]innen und A[erz]te im vertragsa[erztlichen] und im stationa[ren]  
51 Bereich mit spezifischer Expertise zu ME/CFS.
- 52 5. Ausbau der Post-COVID-Ambulanz am UKL zu fachu[bergreifenden]  
53 Anlaufstellen zur Diagnostik und Behandlung von an ME/CFS  
54 erkrankten Patientinnen und Patienten. Fu[er] das Beschwerdebild von  
55 ME/CFS, mit dem Kardinalsymptom der Post-Exertionellen Ma-laise  
56 (PEM), bieten bislang lediglich das Charite[ Fatigue Centrum (CFC)  
57 in Berlin und das MRI Chronische Fatigue Centrum (MCFC) in  
58 Mu[n]chen gezielte Anlaufstellen, die neben ME/CFS- auch Long  
59 COVID-Patientinnen und Patienten fu[er] eine Erstdiagnose an-nehmen.
- 60 6. Intensivierung der Forschung zu den Ursachen und Behandlungsmo[glichkeiten]  
61 von ME/CFS sowie zu ME/CFS als Langzeitfolge von COVID-19 durch Kooperation  
62 mit den Landes-regierungen in Thüringen und Sachsen-Anhalt bei der  
63 Umsetzung des Beschlusses des Thu[ringer] Landtags vom 4. Juni  
64 2021 (Drs.7/3492). Die Sächsische Staatsregierung muss sich bei  
65 der Einrichtung eines Mitteldeutschen Forschungszentrums kooperativ  
66 zei-gen und benötigte Mittel bereitstellen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 013: Späti öffne dich

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)
<b>Sachgebiet:</b>	Kein Wohlstand ohne eine starke Wirtschaft
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten fordern einen neuen Umgang mit Ladenöffnungs- und
- 2 Arbeitszeiten.
- 3 Kurzfristig werden die sächsischen Kommunen aufgefordert, die gesetzlichen
- 4 Möglichkeiten zur Sonntagsöffnung vollständig auszuschöpfen.
- 5 Mittelfristig soll das Ladenöffnungsgesetz auf Landesebene so angepasst werden,
- 6 dass Verkaufsstellen werktags von 0-24 Uhr geöffnet werden können und die Zahl
- 7 der verkaufsoffenen Sonntage auf 8 erhöht wird.
- 8 Langfristig soll das Grundgesetz und infolgedessen das Sächsische
- 9 Ladenöffnungsgesetz so geändert werden, dass eine generelle Öffnung der
- 10 Verkaufsstellen am Sonntag möglich wird.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 014: Transparenz bei öffentlichen Umfragen

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)
<b>Sachgebiet:</b>	Das Leben einfacher machen
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Freistaat Sachsen führt regelmäßig und anlassbezogen Umfragen durch, die
- 2 später als Grundlage für Verwaltungshandeln oder als Richtschnur für Minister
- 3 oder Abgeordnete dienen. Ergebnisse werden in verschiedener Weise veröffentlicht,
- 4 bspw. Berichten, oder zur Grundlage für teils gravierende Regelungen bzw.
- 5 Gesetzesvorhaben oder Verwaltungshandeln herangezogen. Ganz zwangsläufig trifft
- 6 die Staatsverwaltung dabei häufig bereits vor der Erhebung Entscheidungen zu
- 7 Gestaltung oder Auswahl der Fragen oder Fragebögen; vor der Veröffentlichung
- 8 oder Weitergabe der Daten trifft sie Entscheidungen zu Auswahl, statistischen
- 9 Methoden, Akzentuierung oder Darstellungsweise von Daten.
- 10 Um künftig eine größtmögliche Transparenz sowie eine möglichst umfangreiche
- 11 Nutzung der in öffentlichem Auftrag erhobenen Daten zu gewährleisten, fordern
- 12 die Freien Demokraten die grundsätzliche und vollständige Veröffentlichung der
- 13 verwendeten Fragebögen im Anhang jeder Publikation, Mitteilung zu den
- 14 Ergebnissen oder Ratsdrucksache sowie die Veröffentlichung der bei Erhebung
- 15 generierten anonymisierten Datensätze in maschinenlesbarer Form in geeigneter
- 16 Weise unter [statistik.sachsen.de](http://statistik.sachsen.de).

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag S 015: Wohneigentum attraktiver machen

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Leipzig (Stadt) (LV Sachsen)
<b>Sachgebiet:</b>	Kein Wohlstand ohne eine starke Wirtschaft
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten fordern die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kreditzinsen
- 2 auch für die selbstgenutzte Wohneigentumsimmobilie als Sonderausgaben.

### Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland ist das Land mit der geringsten Eigentumsquote in der Europäischen Union. In Deutschland ist wiederum Leipzig diejenige Großstadt mit der geringsten Eigentumsquote aller 80 deutschen Großstädte. Der Erwerb einer eigenen Immobilie ist ein wesentlicher Bestandteil einer privaten Altersvorsorge, da im Alter entweder die Mietbelastung entfällt oder ggf. bei Änderung der Wohnsituation Mieteinnahmen erzielt werden können. Beide Möglichkeiten verbessern die finanzielle Situation im Alter. Bislang ist die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kreditzinsen einer privat gekauften Immobilie nur dann möglich, wenn diese zum Zwecke der Einkommenserzielung, also zur Vermietung, gekauft wurde.

Auch der Umzug eines Eigentümers in die eigene Wohnung – etwa bei Auszug von Mietern – würde durch die Gleichbehandlung von vermieteten oder selbstgenutzten Immobilien vereinfacht.

Die bisherige Regelung macht es für Menschen attraktiver, eine Wohnung zu erwerben und zu vermieten. Die Kreditzinsen können dann bei der Einkommenssteuererklärung als Kosten abgezogen werden. Die Steuerersparnis hängt von der Darlehenssumme, der Zinshöhe und dem eigenen Steuersatz ab, bewegt sich üblicherweise jedoch in einem vierstelligen Bereich, selten höher.

Die Abzugsfähigkeit der Zinslast stellt einen erheblichen Anreiz dar, selbstgenutztes Eigentum zu erwerben, da der Kauf einer Immobilie zum Zwecke der Vermietung nicht für alle Menschen interessant oder erstrebenswert ist.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich